

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Band: 7 (1951)
Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Israelitische Wochenblatt in der Schweiz hat sein 50jähriges Bestehen feiern können. Es erschien bei diesem Anlaß ein Sonderheft, das eine Glückwunschartikel des schweizerischen Bundespräsidenten *Max Petit-Pierre* enthielt. In dieser wird die Schweiz als Geburtsland des Zionismus bezeichnet.

In Genf hat sich ein Aktionskomitee für einen Kindergarten der dortigen jüdischen Gemeinde gebildet. Jüdische Kinder von 3—6 Jahren sollen hier vorbereitet werden auf ihr Zusammenleben mit nichtjüdischen Kindern in den öffentlichen Schulen der Stadt.

Auf dem Israelitischen Friedhof in Basel wurde am 3. Sept. 1950 ein Gedenkstein für die Opfer der nazistischen Judenverfolgungen eingeweiht. Rabbiner Dr. *Weil* von Basel hielt bei diesem Anlaß eine Gedenkrede. Er bezeichnete den Gedenkstein als ein Denkmal der Hoffnung, «daß derartige Untaten nicht mehr geschehen, weder am jüdischen noch an einem anderen Volke».

In St. Léger s. Vevey ist im patriarchalischen Alter von 88 Jahren Pfarrer *Frédéric-William Flad* gestorben. Mit ihm ist ein großer Freund des jüdischen Volkes heimgegangen. Sein Vater war der bekannte Begründer der Falascha Mission Martin Flad aus Kornthal. Während 26 Jahren wirkte F. W. Flad als englischer Pfarrer in Tunis und betätigte sich vor allem auch als Judenmissionar. Bis in seine letzten Lebenstage hinein gehörte sein Herz dem Fortgang der Reichgottes-

arbeit unter den dunkelhäutigen Juden Ethiopiens.

Die Schweizerische Evangelische Judenmission hat als neuen Arbeitszweig die Evangelisation unter den Falaschas Abessiniens übernommen. Im Frühjahr 1950 ist ein junges, aus Basel stammendes, Missionsehepaar nach Abessinien gegangen. Die Arbeit steht unter der Leitung und Verantwortung der London Mission to the Jews.

Der Lutherische Zentralverein für Judenmission hat Herrn Pastor *Grillenberger* vollamtlich in Dienst genommen. Er soll unter den Juden, die heute in Deutschland noch in Lagern leben, dienen. Seit Jahren wirken hier auch die Missionare der Schweizerischen Evangelischen Judenmission.

Die Kongregation des Heiligen Offiziums in Rom sprach sich gegen die Teilnahme von Katholiken an den Kongressen des «Internationalen Rates der Christen und Juden» aus, weil die christlich-jüdischen Gesellschaften dem religiösen Indifferentismus Vorschub leisten würden. Die katholische Zeitschrift, der «Rundbrief», versichert, daß die jüdisch-christlichen Vereinigungen in Deutschland durch die Ermahnung des Heiligen Offiziums nicht betroffen seien, da diese den religiösen Indifferentismus «statutengemäß» ablehnen.

Nach einer Mitteilung aus der Diözese Chur ist für Katholiken die Teilnahme an christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften die besondere Bewilligung des Bischofs von Chur

erforderlich. Diese wird nur für die Teilnahme als Beobachter gewährt mit der Begründung, es handle sich bei solchen Arbeitsgemeinschaften um Vereinigungen, die der religiösen Indifferenz dienen. Die christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz scheint durch diese Verordnung nicht betroffen zu sein.

Vom 26. Februar bis 2. März fand in Düsseldorf die 3. Studientagung des deutschen evangelischen Ausschusses für Dienst an Israel statt. Das Thema der Tagung lautete «Kirche und Judentum».

Der amerikanische Oberkommissär *J. McCloy* hat die Revision der Nürnberger Urteile bekannt gegeben, die von amerikanischen Gerichten ausgefällt wurden. Darnach sind von 102 Urteilen 90 gemildert worden. 32 Verurteilte wurden freigelassen. Von 28 Todesurteilen sind 21 in Gefängnisstrafen von 10 Jahren bis lebenslanglich umgewandelt worden. Das Israelitische Wochenblatt schreibt dazu, das Vorgehen der Amerikaner habe in der jüdischen Welt die größte Enttäuschung und Empörung hervorgerufen. Der Glaube an Recht und Gerechtigkeit habe durch diese Begnadigung einen Einbruch erfahren, der nicht wieder gut zu machen sei.

In Deutschland hat die Revision der Urteile über die Kriegsverbrecher die Diskussion über die Juden neu aufleben lassen. So unerfreuliche Blüten die antisemitische Gesinnung gewisser Bevölkerungskreise dabei wieder getrieben hat, so erfreulich mag doch die Tatsache sein, daß auch über diese Fragen in Deutschland ein öffentliches Gespräch wieder möglich ist. Das deutsche Volk hat die These von der

Kollektivschuld für die an den Juden begangenen Verbrechen abgelehnt. Möge es der Gegenwart und der Zukunft den Beweis nicht schuldig bleiben, daß es dazu berechtigt war.

Saarbrücken hat eine neue Synagoge erhalten. Die alte wurde 1938 niedergebrannt. Die Regierung des Saarlandes hat das neue Gotteshaus für die Juden erbauen lassen. Mehr als 1500 Menschen nahmen am 14. Januar 1951 an der Einweihung teil. Dr. *Lothar Rothschild*, St. Gallen (Schweiz) hielt als der letzte Rabbiner der ehemaligen Synagoge in Saarbrücken die Ansprache. Auch Vertreter der Kirchen waren bei dem Anlaß zugegen.

Die israelische Regierung hat durch ihre Botschafter in Washington, London und Paris Restitutionsansprüche an Deutschland angemeldet. Eine analoge Note wurde auch betreffend Ostdeutschland an Rußland gerichtet. Israel sehe sich «als Haupterbe sechs Millionen ermordeter Juden» außerstande, direkte Beziehungen zur Regierung in Bonn aufzunehmen. Das Memorandum verlangt von den Besatzungsmächten ein Sondergesetz, das die deutschen Länder einzeln und gesamthaft verpflichtet, Wiedergutmachungen durchzuführen. Außerdem behält sich Israel vor, eine Pauschalforderung an die Deutschen für den von ihnen bewirkten Untergang des europäischen Judentums zu stellen.

Im November 1950 haben in Israel die Gemeindewahlen stattgefunden. Dabei haben die drei Linksparteien ihre absolute Mehrheit verloren. Die bürgerlich gerichtete Gruppe der «Allgemeinen Zionisten» verzeichnete den größten Stimmenzuwachs. Auch der sogenannte «Religiöse Block» regi-

strierte eine leichte Zunahme der Stimmen.

Die Regierung Israels hat sich im Ost-Westkonflikt auf den Grundsatz der Neutralität festgelegt. Wie schwierig es für sie aber ist, eine Neutralitätspolitik durchzuführen, zeigte eine Debatte im Knesseth zu Anfang dieses Jahres. Der Außenminister *Sharett* führte dabei aus, daß alle Hilfe, die der junge Staat Israel erhält von der «offenen Welt» komme. Aus der «geschlossenen Welt», dem Ostblock seien weder Kredite, Anleihen, Fondssammlungen noch Lieferungen oder Fachleute erhältlich. Auch die Haltung des Israel-Delegierten in der Koreafrage wurde unter dem Gesichtspunkt der Neutralität des Landes kritisiert.

Bezüglich der Araberfrage erklärte Außenminister *Sharett* kürzlich, daß das israelische Angebot, 100 000 Flüchtlinge zu übernehmen, nicht mehr gelte.

In Jerusalem wurden neben den Königsgräbern die Urnen mit der Asche von 200 000 Juden beigesetzt. Diese Urnen sind aus den ehemaligen Konzentrationslagern des dritten Reiches nach Israel gebracht worden.

König *Abdullah von Transjordanien* hat in Aussicht gestellt, er werde zu gegebener Zeit einen «eigenen Plan» für den rechtlichen Status der Stadt

Jerusalem vorlegen. Die UNO-Kommission hält ihr Internationalisierungsprojekt für die Stadt weiterhin aufrecht.

Von orthodox-jüdischer Seite wurde im israelischen Parlament beantragt, den Besuch christlicher Missionschulen durch nicht-christliche Kinder allgemein zu verbieten. Der Unterrichtsminister wies diesen Antrag zurück mit der Erklärung, es solle den Eltern das Recht nicht beschränkt werden, ihre Kinder nach ihrem Belieben in eine anerkannte staatliche, kirchliche oder private Schule zu schicken.

In Nordamerika hat die Wahl von Frau *William Ackermann* zum Rabbiner der Reformgemeinde in Meridian (Mississippi) viel zu schreiben gegeben. Frau W. Ackermann soll die Gemeinde ihres verstorbenen Gatten, dem früheren Rabbiner dieser Gemeinde, seelsorgerlich betreuen. Die ganze Angelegenheit ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Stellung der Frau in der Synagoge geworden.

In England hat die *United Synagogue* eine Diskussion über die Rechte der weiblichen Mitglieder durchgeführt. Es wurde angeregt, den Frauen vollständiges Stimmrecht zuzugestehen.

Robert Brunner